

Rojbas liebe Freundinnen und Freunde,

Am vergangenen Wochenende kam es bundesweit zu pogromähnlichen Ausschreitungen türkischer Faschisten gegen kurdische Vereine und kurdischstämmige Menschen. Nach antikurdischen Kundgebungen, die häufig mit Unterstützung der türkischen Konsulate organisiert wurden, griffen faschistische Graue Wölfe in Berlin, Köln, Hannover und anderen Städten Kurdinnen und Kurden mit Messern, Steinen und Flaschen an. In Berlin kesselte die Polizei die Verteidiger einer kurdischen Moschee stundenlang ein, während der faschistische Mob mit Steinen und Flaschen aufwerfen konnte.

Auch in der Türkei gibt es seit Wochen Plünderungen kurdischer Geschäfte und Angriffe auf kurdische Organisationen, die viele Verletzte forderte. Dutzende kurdische Parteibüros wurden gestürmt, angezündet und verwüstet. Gleichzeitig bereitet die türkische Regierung ein Verbot der „Partei für eine Demokratische Gesellschaft“ vor, die als einzige Opposition in türkischen Parlament für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage eintritt

Hintergrund dieser Übergriffe auf Kurdinnen und Kurden ist der geplante Angriff der türkischen Armee auf Südkurdistan. Das türkische Parlament hat nur mit den Gegenstimmen der Partei für eine Demokratische Gesellschaft grünes Licht für einen Angriff auf den Nordirak gegeben. Offiziell richtet sich ein solcher Angriff gegen die PKK-Guerilla. Doch jeder weiß: in Wirklichkeit will Ankara die weitere Herausbildung eines kurdischen Staates im Nordirak verhindern. Mit militärischen Drohungen soll das geplante Referendum über eine Angliederung der Erdölstadt Kirkuk und anderer kurdisch besiedelte Gebiete an die autonome Region Kurdistan verhindert werden.

Die deutsche Regierung spricht von einem legitimen Verteidigungsrecht der Türkei. Gleichzeitig fordert die Bundesregierung die Türkei auf, sich bei einem Angriff auf den Irak zurückzuhalten. Das ist zutiefst heuchlerisch. Schließlich wurde die Türkei mit deutschen Waffen erst für so einen Überfall stark gemacht. Die Panzer, die an der Grenze zum Nordirak für eine Invasion bereitstehen, sind oft aus Deutschland. Viele Waffen, mit denen Militäroperationen gegen die Guerilla durchgeführt werden, stammen ebenfalls aus Deutschland.

Die Ausschreitungen der Grauen Wölfe kommen der deutschen Migrationsdebatte geradezu gelegen. Schon jetzt werden von Regierungspolitikern Forderungen nach Ausweisung der „ausländischen Randalierer“ laut. Dabei wird nicht zwischen Angreifern und ihren Opfern unterschieden. „Kurden, Türken? - Hauptsache weg damit!“ - lautet der Ruf. Im Verfassungsschutzbericht werden kurdische und türkische Linke mit islamischen Gruppen und türkischen FaschistInnen unter „Ausländer-Extremismus“ zusammengefasst. Selbst der Grünenpolitiker Cem Özdemir beklagt eine mangelnde Effizienz des PKK-Verbots. Dabei waren es nicht kurdische Vereine, die zur Gewalt aufgerufen haben. Die Gewalt ging eindeutig von Gruppierungen aus dem Umfeld der rechtsextremen türkischen „Grauen Wölfe“ aus.

Während die Bundesregierung kurdische Organisationen verfolgt und kriminalisiert, können sich die „Grauen Wölfe“ seit fast 40 Jahren ungehindert in Deutschland organisieren und ihren Terror verbreiten. Lange wurden sie von den Unionspolitikern regelrecht protegiert. Ihre Anhänger haben Gewerkschaften und Ausländerbeiräte unterwandert und sich oft auf den Listen demokratischer Parteien in Kommunalparlamente wählen lassen. Auch viele deutsche Linke waren hier viel zu lange blind.

Ich solidarisiere mich mit den Betroffenen der rassistischen Ausschreitungen. Als Antifaschistin ist weiß ich, dass Faschismus kein Deutschland-spezifisches Problem ist, sondern dass er überall seine Anhänger hat. Vor diesem Konflikt die Augen zu verschließen würde bedeuten, die Betroffenen der faschistischen Ausschreitungen alleine zu lassen. Ich meine: Die faschistischen „Grauen Wölfe“ dürfen innerhalb demokratischer Parteien und Organisationen keinen Platz mehr haben.

Von der PKK gingen seit Jahren keine Gewalttaten mehr aus. Selbst der Verfassungsschutz bestätigt, dass die Organisation in Europa einen gewaltfreien Kurs verfolgt. Mit der Beibehaltung des PKK-Verbots reiht sich die Bundesregierung in die antikurdische Allianz aus türkischer Regierung, Militär und „Grauen Wölfen“ ein und ermutigt die türkischen Faschisten geradezu zu gewalttätigen Aktionen gegen kurdische Vereine. Die polizeiliche und gerichtliche Verfolgung politisch aktiver Kurdinnen und Kurden in Deutschland muss endlich ein Ende haben.

Kämpfen wir gemeinsam gegen Faschismus und Krieg!

Hoch die Internationale Solidarität!
Biji Azadi – Biji Baris [Es lebe die Freiheit, es lebe der Frieden]